

IN KÜRZE

Der erste kommerzielle Offshore-Windpark Deutschlands hat mit der Stromproduktion begonnen. Wie die Betreiberfirma Bard mitteilte, stehen in dem Feld nordwestlich von Borkum inzwischen 15 von geplanten 80 Windrädern. +++ Um ihre Arbeitsplätze bangen Mitarbeiter der Transrapid-Versuchsstrecke im Emsland. Die Betriebsgesellschaft IABG habe am 30. November für 49 Mitarbeiter einen Antrag auf Massenentlassungen gestellt, sagte Volker Pretzer von der Arbeitsagentur Leer. Es gebe noch keine Perspektive für eine Weiternutzung der Teststrecke. Laut Pretzer handelt es sich bei dem Antrag um ein „rein vorsorgliches Verfahren“.

+++ Zu einem Arbeitskampf aufgerufen hat die Vereinigung Cockpit am Mittwoch die Piloten der Fluggesellschaften Tufly und Germania. In den Flughäfen in Hannover und Hamburg kam es trotz Warnstreiks nicht zu nennenswerten Verspätungen. +++ Zahlen müssen Küstenbewohner in Schleswig-Holstein ab 2012. Die Landesregierung will mit einer neuen Küsten- und Hochwasserschutzabgabe ein Zehntel ihrer Küstenschutzausgaben finanzieren. „Es geht um etwa ein Viertel der Landesfläche, das wir vor Sturmfluten und dadurch ausgelösten Hochwassern schützen“, sagte Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU). +++



BILDUNGSPOLITIK
Weiter Streit in Hannover

Das Oberschulkonzept von CDU und FDP in Niedersachsen hat erneut für eine kontroverse Debatte zwischen Regierung und Opposition gesorgt. Während Schwarz-gelb die anvisierte Zusammenführung von Real- und Hauptschulen ab dem nächsten Schuljahr verteidigte, ließen gestern im Landtag SPD, Grüne und Linksfraktion kein gutes Haar daran. Kultusminister Bernd Althusmann (CDU) sagte: „Die niedersächsische Bildungspolitik fährt im ICE davon, die SPD mit der guten alten Dampflok ‚Integrierte Gesamtschule‘ immer ein wenig hinterher.“ (dpa)

DISKRIMINIERUNG
Kündigung von Ingenieur rechtens

Das Elmshorner Arbeitsgericht hat die Klage des Ingenieurs Maik B. gegen seine Kündigung zurückgewiesen. B. fühlt sich durch die Kündigung diskriminiert. Er wurde zunächst freigestellt, weil er durch seine Ehe mit einer Chinesin für seinen Arbeitgeber, das Rüstungsunternehmen Autoflug, ein Sicherheitsrisiko dargestellt haben soll. Später folgte eine Kündigung, angeblich aus betrieblichen Gründen. Die Beziehung von B. zu seiner jetzigen Ehefrau war schon länger im Betrieb bekannt. B. wird gegen das Urteil vermutlich in Berufung gehen. (taz)

UND HEUTE?

... werden noch mehr Schiffe gezeigt

„Einmalig in Schleswig-Holstein“ ist – nach eigenen Angaben – das Schifffahrtsmuseum Nordfriesland aus Sicht seiner „begeisterten Besucher“. In der Tat gut aufgehoben in dem Haus am Zingel 15 in Husum ist, wer sich etwa für Schiffsmodelle interessiert: Zusätzlich zu den eigenen Beständen eröffnet heute eine Sonderausstellung über historische Küstensegler. Insgesamt 40 klassische Modelle, die der Hamburger Sammler Harald Göhren auslieh, werden voraus-

sichtlich bis April kommenden Jahres gezeigt. Aus Holz und von Hand nachgebildet wurden Segler, die im Mittelmeer, im Atlantik oder in der Nord- und Ostsee unterwegs waren. Zusätzlich zu sehen gibt es in der Ausstellung Bilder der Elbe und eine Seekarte aus dem 17. Jahrhundert – und das alles täglich von 10 bis 17 Uhr.



Foto: dpa

WIE NPd-FUNKTIONÄRE POLITISCHE GEGNER GEFÄHRDEN

Die Adressen der anderen

Bürgermeister werden bedroht, Bürgerbüros angegriffen: In Mecklenburg-Vorpommern agiert die rechtsextreme Szene offen militant. In den vergangenen Monaten versuchte sie mehrfach, gegen rechtsaktive Vertreter von Parteien oder Gemeinden einzuschüchtern. Eine „Vorstufe von Terror“ erkennt darin der Schweriner Innenminister Lorenz Caffier (CDU). Die Beteiligung von NPd-Frontleuten zeige das aggressiv-kämpferische Potential der Partei.



Einer jener Frontleute ist David Petereit, NPd-Landesvizé und Verantwortlicher des Internetportals „Mupinfo“. Offiziell betreibt der Jura-Student die Internetseite mit „Nachrichten für Mecklenburg und Pommern“ vom Grevesmühlener „Thinghaus“ aus. Im selben Gebäude haben auch NPd-Fraktionschef Udo Pastörs und der Landtagsabgeordnete Stefan Köster ein Wahlkreisbüro. Regelmäßig hetzen sie auf „Mupinfo“ Autoren gegen die Politiker anderer Parteien, veröffentlichten Adressen.

ters von Lalendorf (Kreis Güstrow), Reinhard Knaack. Der Linkenpolitiker hatte sich geweigert, einem ausgewiesenen rechtsextremen Elternpaar die Ehrenpatenschaftsurkunde des Bundespräsidenten zu überreichen. Am selben Wochenende bedrohten Unbekannte auf dem Grundstück des SPD-Bürgermeisters von Gnoien eine Gedenktafel für die Opfer des Faschismus. Nachdem „Mupinfo“ über beide gewettet hatte, wurde am Montag Petereits Haus durchsucht. Im April bereits veröffentlichte die Seite unter dem Titel „Demokraten gibt es auch in deiner Stadt“ Adressen von Parteienbüros – es folgten 17 Angriffe.

Petereit betreibt auch den Internetversand „Levensboom“. Hier kann bezogen werden, was bei bestimmten Aktionen hilfreich sein mag: Gesichtsschutz, Pfefferspray und Teleskop-Schlagstöcke.

ANDREAS SPEIT

arbeitet als freier Journalist und Autor über die rechte Szene nicht nur in Norddeutschland

JUNGSFOTO: DPA

Sicherheitsfirma lief an der langen Leine

HSH NORDBANK Fehler in Zusammenarbeit mit Prevent eingeräumt. Ex-Vorstand Roth „schlecht behandelt“

Kritisch bewertet die HSH Nordbank im Nachhinein ihre Zusammenarbeit mit der Sicherheitsfirma Prevent. Es habe an Führung und Kontrolle gemangelt, sagte der neue Rechtskoordinator der Bank, der Anwalt Klaus Landry, gestern in Hamburg. Die Zusammenarbeit mit dem Unternehmen sei schon im Sommer eingestellt worden, jetzt erwäge die HSH rechtliche Schritte. „Wir prüfen Ansprüche gegen Prevent“, so Landry.

Mit dem Namen „Prevent“ verbinden sich einige der HSH-Skandale. Im jüngsten Fall geht es um den Verdacht der Korruption: Die Nordbank hatte nach eigener Darstellung der türkischen Reederei Karahasan 2003 Schiffe finanziert. Die Reederei geriet in Zahlungsschwierigkeiten, worauf die Bank die Schiffe versteigerte. Karahasan wehrt sich dagegen unter Ausnutzung einer Besonderheit des türki-

schen Rechts, was das Verfahren aus HSH-Sicht schwer kalkulierbar machte.

Prevent habe die HSH durch Lobbyarbeit unterstützen sollen, berichtete Landry. Trotzdem konnte sich die Nordbank nicht gegen Karahasan durchsetzen. Die Bank habe ohne erkennbare Gegenleistung Geld an Prevent gezahlt, sagte Landry. Deshalb sei der Verdacht auf gekommen, Prevent könnte Schmiergeld bezahlt haben. Die HSH erstattete Anzeige gegen Unbekannt, Prevent wies die Vorwürfe zurück.

Der Name Prevent fiel auch im Zusammenhang mit Frank Roth. Der Nordbank-Vorstand soll angeblich heimlich gekennzeichnete vertrauliche Unterlagen an Dritte weitergegeben haben. Dieser Vorwurf lasse sich nicht halten, sagte Landry nun. Roth sei „grob schlecht behandelt worden“ und habe Anspruch, rehabilitiert zu werden. **KNO**

Gastschüler dürfen bleiben

SCHULABKOMMEN Wer ins Umland zieht, darf die Schule in Hamburg beenden. Aber grenzüberschreitende Neuanmeldungen soll es nicht geben. Abkommen gilt fünf Jahre



Kann seine Landeskinder auch weiterhin in Hamburger Schulen gehen lassen: Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU, r.) Foto: dpa

VON ELENA OCHOA

Hamburg und Schleswig-Holstein haben ein neues Gastschulabkommen geschlossen. Nach monatelangem Streit über Ausgleichszahlungen für schleswig-holsteinische Schüler, die aus dem Speckgürtel nach Hamburg pendeln, haben sich der neue Hamburger Bildungsminister Dietrich Wersich und der schleswig-holsteinische Bildungsminister Ekkehard Klug geeinigt. Das Abkommen gilt zunächst für fünf Jahre. Hamburg bekommt 12,4 Millionen Euro für die Beschulung landesfremder Kinder. Dieser Beitrag soll sich jährlich um 200.000 Euro erhöhen.

„Es wird keine Abschulungen geben“, sagt Wersich. Die mehr als 6.000 Altschüler dürften wei-

Der Schulaustausch

- 1.700 Schleswig-Holsteiner Schüler der 9. und 10. Klasse werden an Hamburger Privatschulen unterrichtet.
- 150 Sonderschüler übernimmt Hamburg künftig aus dem Speckgürtel.
- Auf rund 750 bis 2.500 Euro pro Schüler belaufen sich je nach Schultyp die anfallenden Trägerkosten für Schleswig-Holsteins Kommunen.
- 16 Tage dauerte die Mahnwache, mit der betroffene Eltern auf ein neues Gastschulabkommen drängten.

terhin in Hamburg lernen. Gleiches gelte auch für die rund 1.000 Hamburger Kinder die im schleswig-holsteinischem Umland zur Schule gehen. Wer in das jeweils andere Bundesland umzieht, kann weiter auf seiner Schule bleiben. Nur Privat-, Berufs- und Sonderschulen dürfen weiterhin neue Schüler aus dem Nachbarland annehmen. Ausnahme: Kinder aus Barsbüttel am östlichen Hamburger Stadtrand dürfen mangels Alternative weiterhin Hamburger Gymnasien anwählen. Dem Barsbütteler SPD-Landtagsabgeordneten Martin Habersaat ist das nicht genug: „Eine Öffnung der Grenzen, wie sie von den Menschen im Hamburger Rand gewünscht wird, scheint es nicht zu geben. Freie Schulwahl sieht anders

aus!“, kritisiert er den Länderkompromiss. Obwohl Kiel die ursprünglich geforderten 20,5 Millionen Euro nicht zahlt, spricht Wersich von einem tragfähigem Kompromiss: „Wir kriegen 50 Prozent mehr für die Beschulungen im Grunde genommen derselben Schüler.“ Gleichzeitig würde für alle Beteiligten Sicherheit geschaffen. Klug wies auch darauf hin, dass schleswig-holsteinische Kommunen künftig generell mitbezahlen müssen, wenn Kinder aus dem Ort in eine öffentliche Schule in Hamburg gehen. Bislang sei dies nur bei Privatschulen der Fall gewesen. Die Summen lägen je nach Schultyp zwischen rund 760 und 2.500 Euro pro Schüler und Jahr, sagte Klug.

Fragiler Schulfrieden in Schleswig-Holstein

BILDUNG Initiative sammelt Unterschriften gegen Gesetzesänderung. Landtagsausschuss hört Verbände an

Mehr als 13.000 Unterschriften gegen die geplante Änderung des Schulgesetzes hat die „Volksinitiative Schulfrieden“ in Schleswig-Holstein schon. „Wir rechnen fest damit, die benötigten 20.000 zu erreichen“, kündigte Stefan Hirt an, einer der Sprecher. Zwar reicht die Zeit nicht, um das Gesetz per Volksbegehren zu stoppen. Die Initiative, der auch eine Reihe von Bürgermeistern angehört, hofft aber auf andere Mehrheiten nach der nächsten Landtagswahl – und damit auf eine Reform der Reform. Parallel geht der Gesetzentwurf von Bildungsminister Ekke-

hard Klug (FDP) seinen parlamentarischen Weg – gestern debattierte der Bildungsausschuss mit Fachleuten der Verbände von Lehrern, Eltern und Schülern. Das Gesetz überlässt den Schulen und beendet – zumindest aus Sicht des Philologenverbands – „den Zustand der Überregulierung“, so der Vorsitzende Helmut Siegmund. Gegner lesen das Gesetz als Kampfansage an die Gemeinschaftsschulen: Diese sollen nur noch in Ausnahmefällen gymnasiale Oberstufen einrichten und werden von der Pflicht entbunden, gemeinsamen Unterricht zu gestalten.

„Wenn man alles freigibt, bleibt alles beim Alten“, befürchtete Benita von Brackel-Schmidt von der „Schulfrieden“-Initiative. „Die Selektion von Kindern in Klasse 5 entspricht nicht dem heutigen Stand der Wissenschaft“, sagte Astrid Henke von der Gewerkschaft GEW. „Da

bringt es nichts, die Entscheidung in die Hände der Lehrkräfte zu legen.“

Grete Rhenius, Vorsitzende der „Interessenvertretung der Lehrkräfte“ – ehemals Verband deutscher Realschullehrer – freute sich dagegen über die Wahlfreiheit. Sie rechnet mittelfristig mit einer Fusion der heutigen Regional- und Gemeinschaftsschulen. Der „Initiative Schulfrieden“ haben die Ex-Realschullehrer indes eine Klage angedroht: Unterschriftensammlungen auf dem Schulgelände verstießen gegen die „politische Neutralität“. **EST**

„Wenn man alles freigibt, bleibt alles beim Alten“

BENITA VON BRACKEL-SCHMIDT, INITIATIVE SCHULFRIEDEN